

Engagement im Quartier – Nachbarschaft ist machbar!

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

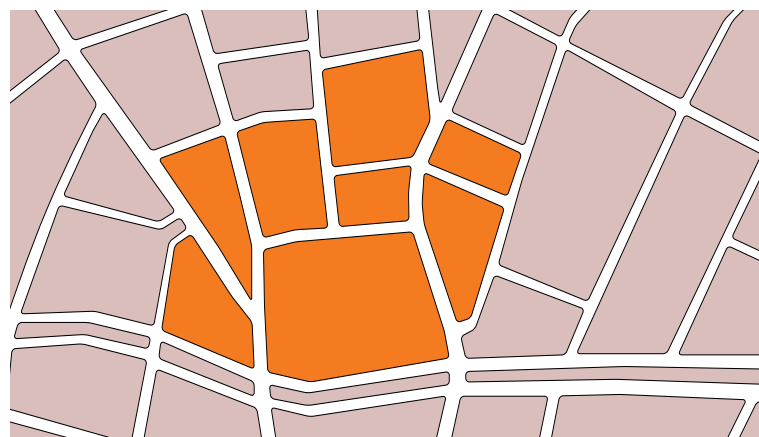
der größte Teil des freiwilligen Engagements findet im lokalen Raum, genauer im Quartier als unmittelbarem Wohnumfeld der Menschen statt. Hier bringen sich die Bürgerinnen und Bürger ein, weil sie die Dinge für sich und andere zum Besseren verändern wollen und ihr Engagement direkte Wirkung entfaltet. Diese Perspektive auf die Nachbarschaft ist auch für die Arbeit der Seniorenbüros bedeutsam und zwar in doppelter Hinsicht. Einerseits können Engagementinteressierte hier besonders gut erreicht und angesprochen werden, andererseits sind gerade ältere Menschen aus verschiedenen Gründen zunehmend auf ihr lokales Umfeld orientiert.

Die BaS hat hier durch die fachliche Begleitung des Programms „Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen“ des Bundesfamilienministeriums sowie die Durchführung des Projektes „Nachbarschaftswerkstatt“ Erkenntnisse gesammelt, die wichtige Aspekte der Quartiersorientierung beschreiben. Diese gilt es für die weitere Tätigkeit der Seniorenbüros nutzbar zu machen. Denn ein gutes Wohnumfeld lebt auch von den Beiträgen der lokalen Zivilgesellschaft, die die Menschen aktiv einbindet und selbstbestimmtes Handeln in jedem Alter und in unterschiedlichen Lebenslagen ermöglicht.

Herzlich

Ihr 

Franz-Ludwig Blömker, Vorsitzender der BaS



Hilf dir selbst?

Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind am direktesten im sozialen Nahraum zu spüren. Die Menschen werden nicht nur erfreulicherweise älter, sondern wollen auch weiter aktiv und selbstbestimmt leben. Dies ist eine historisch einmalige Situation und ein Zugewinn an Teilhabechancen für jede/n Einzelne/n. Es liegt hierin auch ein noch bei weitem nicht ausgeschöpftes Potenzial für das bürgerschaftliche Engagement und damit der lebendigen Gestaltung des Miteinanders vor Ort.

Verbunden mit diesem Wandlungsprozess ist jedoch ebenfalls eine wachsende Eigenverantwortlichkeit, zumal sich auch die Familienstrukturen geändert haben. Viele Ältere leben allein; Kinder und Angehörige wohnen oft nicht in unmittelbarer Nähe. Damit werden „Wahlverwandtschaften“, selbstorganisierte Unterstützungsformen auf Gegenseitigkeit, engagementgetragene Angebote, aber auch bedarfsgerechte professionelle Dienstleistungen zunehmend wichtiger.

Es darf zudem nicht übersehen werden, dass es eine wachsende Zahl von Menschen gibt, die von Altersarmut betroffen oder aus anderen Gründen von Ausgrenzung bedroht sind. Nicht zu vernachlässigen ist außerdem, dass durch die steigende Zahl der Hochaltrigen tendenziell das Risiko von körperlichen Einschränkungen oder Pflegebedürftigkeit steigt.

Autonomie und Gemeinschaft

Auch jenseits der bedrohlichen Szenarien von „Versorgungslücken“ und „Pflegerotstand“ ist eine gewisse Konjunktur des Lokalen festzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen insgesamt stärker Anteil daran, was in ihrer unmittelbaren Umgebung passiert und wollen ihren Einfluss geltend machen. Sie setzen sich etwa für die Schaffung von mehr Grünflächen ein oder begehren gegen als sinnlos erachtete Großprojekte auf. Dabei geht es nicht nur um das Einbringen eigener Anliegen und die Artikulation legitimer Kritik, sondern im Kern auch um selbstgewählte Formen von Verantwortungsübernahme und praktizierter Gemeinschaftlichkeit.

Auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und in den Debatten der Sozialpolitik erhalten Begriffe wie Nachbarschaft, Quartier und lokales Gemeinwesen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zunehmend neue Aktualität. Ausgangspunkt ist die zutreffende Diagnose, dass der lebensweltliche Bezug der Menschen hier am größten ist und dass in diesem „Sozialraum“ Ansatzpunkte für innovative Formen von Gemeinschaft und Mitverantwortung gefunden werden müssen. Das gilt auch und im Besonderen für die Älteren, da sie mehrheitlich den Wunsch haben, in ihrem angestammten Umfeld zu bleiben und sich der eigene Aktionsradius, etwa durch Einschränkungen der Mobilität, tendenziell verkleinert. Es geht dabei letztlich um die Frage, wie die vom Staat garantierte so genannte Daseinsvorsorge unter den geänderten gesellschaftlichen Voraussetzungen gewährleistet werden kann.

Folgerichtig beschäftigen sich sowohl der im Jahr 2016 erscheinende zweite Engagementbericht der Bundesregierung, als auch der kommende siebte Altenbericht mit diesen Aspekten.

”

„Wir wollen herausarbeiten, an welche lokalen Voraussetzungen die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen geknüpft ist und welche Aufgaben sich insbesondere den Kommunen bei der Gestaltung von Sorge und Partizipationsstrukturen stellen.“

(Prof. Dr. Andreas Kruse, Vorsitzender der Siebten Altenberichtscommission)

Im Fokus steht zum einen das individuelle Wohnumfeld, also die eigene Häuslichkeit, die vielfach den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft nicht entspricht. Hier geht es um bauliche Anpassungen, das Beseitigen von Schwellen, die bessere Zugänglichkeit von Gebäuden, aber auch um die Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen. Diese Maßnahmen sind sinnvoller Weise nicht allein auf die Bedürfnisse von Älteren ausgerichtet, sondern in einem umfassenderen Sinne als „generationengerecht“ anzusehen, also z.B. auch für Familien mit Kindern oder für Menschen mit Behinderung wichtig.

Auch das außerhäusliche Umfeld weist zahlreiche Hürden auf, die Eigenständigkeit erschweren, etwa im öffentlichen Nahverkehr, bei der Erreichbarkeit von medizinischen Einrichtungen oder der Versorgung mit



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

den notwendigen Dingen des täglichen Bedarfs. Hier sind insbesondere die Kommunen, aber auch der Bund und die Länder gefordert, in ihre Planungen die sich wandelnden Anforderungen vor Ort stärker einzubeziehen. Dabei sind erhebliche Unterschiede zwischen dem ländlichen Raum und städtischen Ballungszentren auszumachen. Wachsende Regionen mit großer Wirtschaftskraft stehen solchen mit zurückgehender Bevölkerung und starker Alterung gegenüber.

Dies spricht gegen die Formulierung von Einheitskonzepten. Vielmehr sind differenzierte Antworten auf die lokalen Erfordernisse gefragt, wobei die Wünsche und Vorstellungen der Menschen viel größeren Raum gewinnen müssen.

Verantwortung statt Pflicht

Es liegt auf der Hand, dass die kommenden gesellschaftlichen Herausforderungen, speziell im Bereich der Pflege, nicht allein von professionellen Diensten geschultert werden können. Durch die Veränderungen der Familienstrukturen, die gestiegene Mobilität, die wachsende Zahl der Einpersonenhaushalte usw. kann dies aber nicht, wie derzeit noch überwiegend der Fall, von den familiären Netzwerken aufgefangen werden.

Hier kommt dann die Vision von den „sorgenden Gemeinschaften“ ins Spiel. Die Frage ist, welche Beiträge das bürgerschaftliche Engagement von und für Seniorinnen und Senioren hier leisten kann, welche Unterstützung dafür notwendig ist und wo andere Systeme greifen müssen. Es wird vom so genannten „Welfare-Mix“ gesprochen, in dem sich Familie, Nachbarschaftshilfen, bürgerschaftliches Engagement und professionelle Leistungen sinnvoll ergänzen.

Der gewachsene Einfluss der Menschen auf die Gestaltung ihres individuellen und sozialen Umfelds ist zunächst ein nicht zu unterschätzender Gewinn an Freiheit. Die Bürgerinnen und Bürger werden damit von Empfängern sozialer Leistungen zu Akteuren in eigener Sache. Insbesondere ist der sich wandelnde Blick auf die Kompetenzen und Ressourcen der Älteren zu begrüßen. Jedoch ist die Entwicklung durchaus ambivalent. Denn quasi als Gegenseite zur gewachsenen Autonomie steigen gleichzeitig die Erwartungen an eine stärkere Eigenverantwortlichkeit.

Und hier können die Seniorenbüros eine wichtige Rolle spielen. Sie sind sowohl Kompetenzzentren für die Lebenslagen älterer Menschen als auch Förderer des bürgerschaftlichen Engagements von und für Seniorinnen und Senioren. Damit können sie – im Verbund mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen – eine Schlüsselfunktion bei der Bewältigung der anstehenden sozialen Herausforderungen im lokalen Raum einnehmen.

Dabei setzen sie sich dafür ein, dass es Wahl und Entscheidungsmöglichkeiten gibt und dass ein offener Verhandlungsprozess über neue Verantwortungsrollen stattfindet. Einem einseitigen Abschieben der Lasten auf die/den Einzelne/n oder die freiwillig Engagierten erteilen sie hingegen eine klare Absage.

Im Quartier spielt die Musik

In diesem Verständnis gilt es neue Handlungsspielräume zu nutzen und mitunter sogar erst Mängel oder Entwicklungsbedarfe vor Ort sichtbar zu machen.



*„Die neue Motivation heißt:
gemeinsam etwas bewegen, sich einmischen,
neue Wohnformen entwickeln, etwas für
benachteiligte Kinder tun, junge Familien
unterstützen, das Quartier aufmischen,
Gesellschaft gestalten ... mit anderen dafür
sorgen, dass das Leben in der Nachbarschaft
lebendiger und bunter und solidarischer wird.“*
(Karin Nell, Evangelisches Bildungswerk Nordrhein)

Es geht also keineswegs nur um Fragen der „Versorgung“, sondern vielmehr um die Entwicklung von unterschiedlichen Angeboten zur gesellschaftlichen Mitwirkung und Teilhabe. Ansatzpunkte für diese Aktivitäten liegen dabei quasi „vor der Haustür“.

Mögliche konkrete Handlungsfelder sind etwa in der Übernahme von Patenschaften für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien, besonders aktuell im humanitären Einsatz für Flüchtlinge, in der Unterstützung und Begleitung pflegender Angehöriger, der Beratung zur Wohnraumanpassung bei körperlichen Einschränkungen, der Hilfe und Beratung

zur Orientierung im „Versorgungsdschungel“ oder im Engagement in der Hospizarbeit zu finden.

Auch aus dem BaS-Projekt „Nachbarschaftswerkstatt“ können eine ganze Reihe von positiven Ansätzen gezeigt werden, die sich durch zukunftsweisende Ideen, beteiligungsorientierte Haltungen und kreative Methoden auszeichnen.

”

„Nachbarschaftsprojekte der Zukunft laden zur Beteiligung ein, unterstützen die Menschen, ihre eigenen Anliegen umzusetzen und machen mit kreativen Methoden Lust auf Mitwirkung. Engagement entsteht dabei aus der Motivation, für sich und andere und mit anderen gemeinsam die unmittelbare Umgebung lebenswert zu gestalten.“

(Agnes Boeßner, Nachbarschaftswerkstatt)

Zur Nachahmung empfohlen

Viele Seniorenbüros sind bereits in diesem Engagementfeld tätig und haben vielfältige Projekte und Initiativen aufgebaut. Einige Beispiele:

In Speyer initiiert das städtische Seniorenbüro Gesprächsrunden in den Stadtteilen, um die Pflegestrukturplanung mit Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Ältere, aber auch Jüngere formulieren Verbesserungswünsche für ihren Stadtteil, bringen Ideen ein und entwickeln ganz konkrete Vorschläge, die direkt in die Planung der Stadt einfließen.

In vielen Regensburger Quartieren sind „Stadtteilkümmerer“ unterwegs. Als Ansprechpartner für Seniorinnen und Senioren, Angehörige sowie Nachbarinnen und Nachbarn tragen sie dazu bei, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrem vertrauten

Zuhause bleiben können. Mit Bürgerversammlungen, Fotoausstellungen und Stadtteilsparziergängen fördert das Senioren- und Stiftungsamt offene Zugänge für Interessierte und ermutigt die Bewohnerinnen und Bewohner zu neuen Formen des Engagements.

In fünf von 19 Kommunen im Landkreis Limburg-Weilburg gibt es „Generationenhilfen“, in denen sich Bürgerinnen und Bürger zur Unterstützung auf Gegenseitigkeit verpflichten. Anstatt Projekte zu entwickeln und Ehrenamtliche zum Mitmachen zu gewinnen, hilft das Seniorenbüro ihnen bei der Umsetzung ihrer eigenen Anliegen.

Auch die Erfahrungen aus dem Programm „Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen“ zeigen: Es gibt eine latente Bereitschaft sich zu engagieren, die erfolgreich unterstützt werden kann. Dazu braucht es aber verlässliche Ansprechpartner, die Freiwillige fachlich kompetent begleiten, den Erfahrungsaustausch sowie Qualifizierungen organisieren und sich für Wertschätzung und Anerkennung einsetzen.

Der wachsende Bedarf an ergänzenden Hilfen zur Pflege verlangt nach sozialraumorientierten Lösungen, die alle relevanten Akteure einbeziehen und zur Übernahme von Verantwortung ermutigen. Diese Ansätze gelingen besonders dort, wo sie eingebettet sind in kommunale Handlungsstrategien, die infrastrukturelle und ideelle Unterstützung bieten.

Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass Anlaufstellen wie Seniorenbüros ihre Rolle als Motoren für die Aktivierung freiwilligen Engagements kontinuierlich leisten können.

Die BaS wiederum versteht es als ihre Aufgabe, die Seniorenbüros durch innovative Fortbildungsangebote und überregionale Vernetzung in ihrer Arbeit vor Ort zu unterstützen.

Herausgeber:
Bundesarbeitsgemeinschaft
Seniorenbüros e.V.
Bonngasse 10
53111 Bonn

ViSdPG:
Gabriella Hinn, Geschäftsführung
Tel.: 0228 – 61 40 74
E-Mail: bas@seniorenbueros.org
www.seniorenbueros.org

gefördert vom

